



## Anfrage

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AF/0057/2017		<b>Datum:</b>	12.06.2017
<b>Verfasser:</b>	08-AfD-Ratsfraktion	<b>Az:</b>		
<b>Gremienweg:</b>				
29.06.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	ohne BE	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	geändert	<input type="checkbox"/>
	TOP	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>
	öffentlich	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen	<input type="checkbox"/>
<b>Betreff:</b>				
Anfrage der AfD- Stadtratsfraktion an die Stadt Koblenz: Familiennachzug von Flüchtlingen und Asylbewerbern nach Koblenz				

Immer mehr nach Deutschland geflohene Menschen lassen ihre Familien nachkommen und beantragen dafür Visa bei den deutschen Botschaften. Im vergangenen Jahr seien allein für den Familiennachzug aus Syrien und dem Irak 73.000 Visa erteilt worden, berichtete die *Welt* unter Berufung auf Angaben des Auswärtigen Amtes. Dies sei eine Verdreifachung der Zahlen im Vergleich zum Vorjahr. Weltweit wurden dem Bericht zufolge für den Familiennachzug im vergangenen Jahr rund 105.000 Visa erteilt. Durch das im März 2016 in Kraft getretene Asylpaket II erhalten immer mehr Asylbewerber aus Syrien lediglich subsidiären Schutz. Für Flüchtlinge mit diesem eingeschränkten Schutzstatus ist die Familienzusammenführung für zwei Jahre ausgesetzt worden.

Die AfD- Stadtratsfraktion fragt die Stadt Koblenz:

1. Wie viele Personen kamen im Zusammenhang mit dem Familiennachzug im Jahr 2016 und 2017 nach Koblenz?
2. Wie viele davon sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren?
3. Welche zusätzlichen Kosten entstanden für die Stadtkasse durch den praktizierten Familiennachzug im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise in den Jahren 2016 und 2017?
4. In wie vielen Fällen wurde Anträgen auf Familiennachzug nicht stattgegeben?
5. Hat die Stadt bereits ein Konzept für die Unterbringung der Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs in die Stadt kommen werden?

Joachim Paul - AfD- Stellv. Fraktionsvorsitzender Koblenz